

BUNDESREGIERUNG

Rentenpolitik in Schieflage

Mit großem Tamtam und noch größeren Zielen hat die neue Bundesregierung eine Kommission eingesetzt, die Vorschläge für die Alterssicherung nach 2025 entwickeln soll. »Mein Ziel ist es, dass wir einen verlässlichen Generationenvertrag auf die Beine stellen für die kommenden Jahre. Mir geht es um eine Politik der neuen Balance«, beschreibt Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) die Aufgabe der zehnköpfigen Kommission aus Politik, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft.

Reden und Handeln passen nicht zusammen

So weit, so gut. Das Thema ist unbestritten wichtig, der Handlungsbedarf enorm. Es geht darum, unser Rentensystem leistungsfähig und bezahlbar zu halten, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen und immer weniger Beschäftigte immer mehr Renten finanzieren müssen. Gerade deshalb ist es so widersprüchlich, dass derselbe Minister in derselben Woche ein Gesetzespaket zur Rente ankündigt, das zusätzliche Ausgaben in Milliardenhöhe verursacht: mit einer Haltelinie für das Rentenniveau sowie Ausweitungen der Erwerbsminderungsrente und der Anrechnung von Kindererziehungszeiten (»Mütterrente«). »Erst gibt die Politik das Geld der Beitragszahler mit vollen Händen aus, dann soll ein Gremium nach Wegen suchen, die Belastungen ausgeglichen zu verteilen«, bringt es die »Rheinpfalz« aus Ludwigshafen auf den Punkt.

Dauerhafte Haltelinie für die Beitragssätze einbauen

Die große Koalition muss heute die Fehler vermeiden, die ihr die eigene Kommission ankreiden wird, wenn diese 2020 ihre Vorschläge präsentiert. Der Beitragssatz darf auch mittelfristig nicht übermäßig steigen. Wir brauchen eine dauerhafte Haltelinie für die Beiträge, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es führt zudem kein Weg daran vorbei, die gesetzliche Regelaltersgrenze zu erhöhen. Nur so wird die Herausforderung der steigenden Lebenserwartung fair zwischen den Generationen verteilt. Auch die Entscheidung, Rentenerhöhungen zu dämpfen, so das Niveau schrittweise zu senken und zusätzliche Altersvorsorge zu fördern, bleibt richtig. Wenn Renten langsamer steigen als Löhne, resultiert daraus nicht automatisch Altersarmut.

» Die große Koalition muss heute die Fehler vermeiden, die ihr die eigene Kommission ankreiden wird. «

BAVC-Hauptgeschäftsführer
Klaus-Peter Stiller

BRANCHE

Eurokurs und Ölpreis werden zur Herausforderung	2
Neue Qualität der Arbeit	7

DIGITALISIERUNG

Wandlungskünstler Mensch	4
--------------------------	---

NACHHALTIGKEIT

Nachhaltigkeit in der Lieferkette	6
-----------------------------------	---

BILDUNG

Berufsorientierung an Schulen	8
-------------------------------	---

WIRTSCHAFTLICHE LAGE

Eurokurs und Ölpreis werden zur Herausforderung

Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist in den vergangenen Monaten stark angestiegen. Seit dem Jahresbeginn 2017 ist ein Plus von rund 15 Prozent aufgelaufen. Zusätzlich entwickelt sich der steigende Ölpreis immer mehr zur Belastung für die Konjunktur.

Negative Währungseffekte

War ein US-Dollar Anfang letzten Jahres noch 1,05 Euro wert, so lag der Kurs im April 2018 im Durchschnitt schon bei 1,23 Euro. Auch wenn es nach der vorläufigen Regierungsbildung in Italien einen Rückgang gab, ist der Euro damit um rund 15 Prozent im Wert gestiegen. Während dies den deutschen Urlauber in den USA freut, weil alle Einkäufe dort entsprechend billiger werden, wird dies für die deutsche Exportwirtschaft zunehmend zu einer Belastung. Exporte aus Deutschland in die USA – und in viele andere Länder, mit denen Verträge und Leistungen in US-Dollar abgeschlossen und berechnet werden – verteuern sich um 15 Prozent.

Die Unternehmen stehen damit vor der Wahl, entweder ihre Preise vor Ort zu erhöhen, um noch denselben Ertrag in Euro zu erzielen, oder sinkende Erlöse in Kauf zu nehmen. Aber Preiserhöhungen führen natürlich zu einer rückläufigen Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Produkte und einem tendenziell sinkenden Absatz.

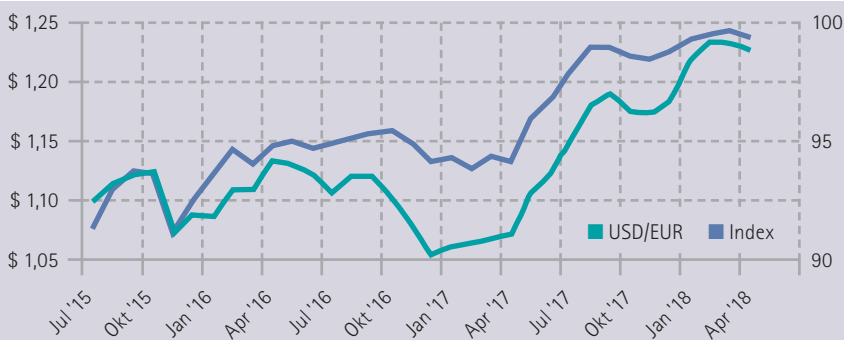


DOWNLOAD

Sie interessieren sich für aktuelle Wirtschaftsdaten (Umsatz, Zahl der Beschäftigten etc.) aus der Chemie? Laden Sie sich hier die relevanten Zeitreihen herunter:

www.bavc.de

Euro-Höhenflug wird zur Herausforderung



Quelle: Chemdata, FERI, Europäische Zentralbank

Die Herausforderung besteht dabei nicht nur für Exporte in Länder, mit denen in US-Dollar abgerechnet wird. Auch der Index für den Wert des Euro gegenüber den Währungen aller wichtigen Handelspartner insgesamt (gewichtet nach dem jeweiligen Handelsvolumen) zeigt in den letzten Monaten eine vergleichbare besorgniserregende Entwicklung.

Erträge gehen zurück

Aus dieser Entwicklung ergeben sich negative Effekte auf das Ergebnis und die wirtschaftliche Lage von Unternehmen, die einen hohen Anteil ihrer Produkte

ANSPRECHPARTNER



Lutz Mühl | Geschäftsführer

Wirtschaft, Sozialpolitik

lutz.muehl@bavc.de

exportieren. Entsprechende Warnungen waren zuletzt auch den Berichten einiger Unternehmen der chemisch-pharmazeutischen Industrie zu entnehmen.

Daneben sind aber auch Unternehmen betroffen, die ihre Produkte hauptsächlich im Inland absetzen. Denn im selben Umfang, in dem deutsche Exporte teurer werden, verbilligen sich die Importe zum Beispiel US-amerikanischer Unternehmen nach Deutschland. Hier können die Hersteller die Preise senken und sich somit Vorteile im Wettbewerb mit den europäischen Produzenten verschaffen, ohne selbst auf Erlöse verzichten zu müssen.

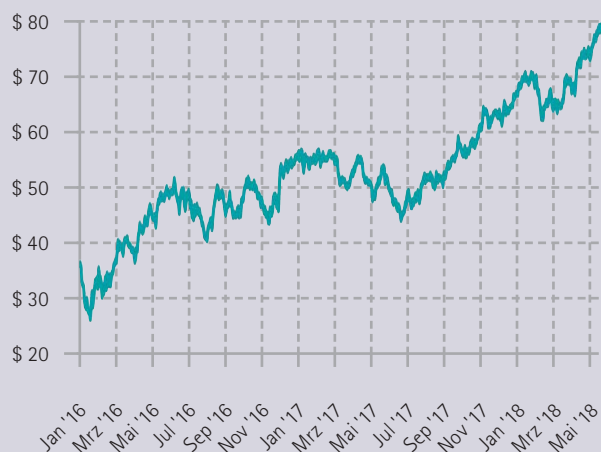
Unsicherheit treibt Ölpreis

Neben den Währungseffekten nahm die weltweite politische Unsicherheit in den letzten Monaten erheblich zu. Der Austritt der USA aus dem Iran-Abkommen und drohende Sanktionen sind weitere Belastungsfaktoren. Hierdurch wurde unter anderem die Entwicklung der Rohölpreise weiter befeuert.

Trotz der seit Monaten wachsenden geopolitischen Spannungen erwarteten die meisten Prognosen bisher, dass der seit Mitte 2017 zu beobachtende Preisauftrieb beim Rohöl langsam nachlässt – vor allem, da der globale Ölmarkt von einem Überangebot dominiert war. Ob diese Erwartungen sich aber bestätigen, erscheint zunehmend unsicher. Aktuell sind die Preise am Spotmarkt nach einem kurzen Dämpfer im Februar zunächst auf neue Höchstwerte von zeitweise über 80 US-Dollar je Barrel geklettert.

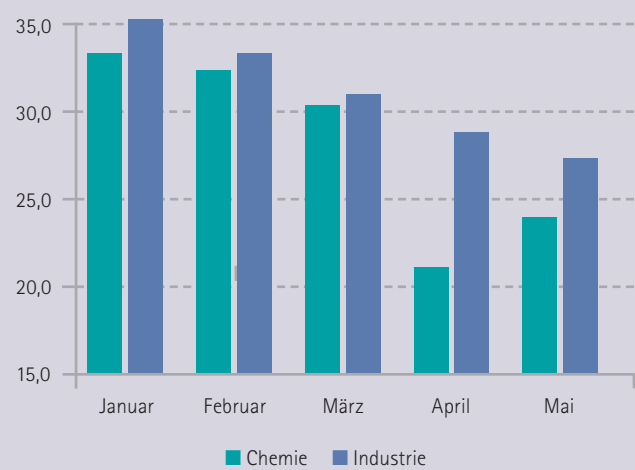
Kräftig steigende Ölpreise drücken auf die Gewinnmargen gerade der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Wichtige Vorprodukte der Branche werden teurer. So stieg der Preis für Naphta im April deutlich. Die Unternehmen sind von die-

Ölpreisentwicklung



Quelle: Chemdata, FERI; Preis für Sorte »Brent Blend« in US-Dollar je Barrel

ifo-Geschäftsklimaindex



Quelle: Chemdata, ifo-Institut für Wirtschaftsforschung

sen Entwicklungen sehr unterschiedlich betroffen, je nachdem wo sie sich in der Lieferkette befinden, wie ihre Produktpalette zusammengesetzt ist und welche Möglichkeiten sie besitzen, Preiserhöhungen der Vorprodukte beim eigenen Absatz weiterzugeben.

Wettbewerbsnachteile in Europa

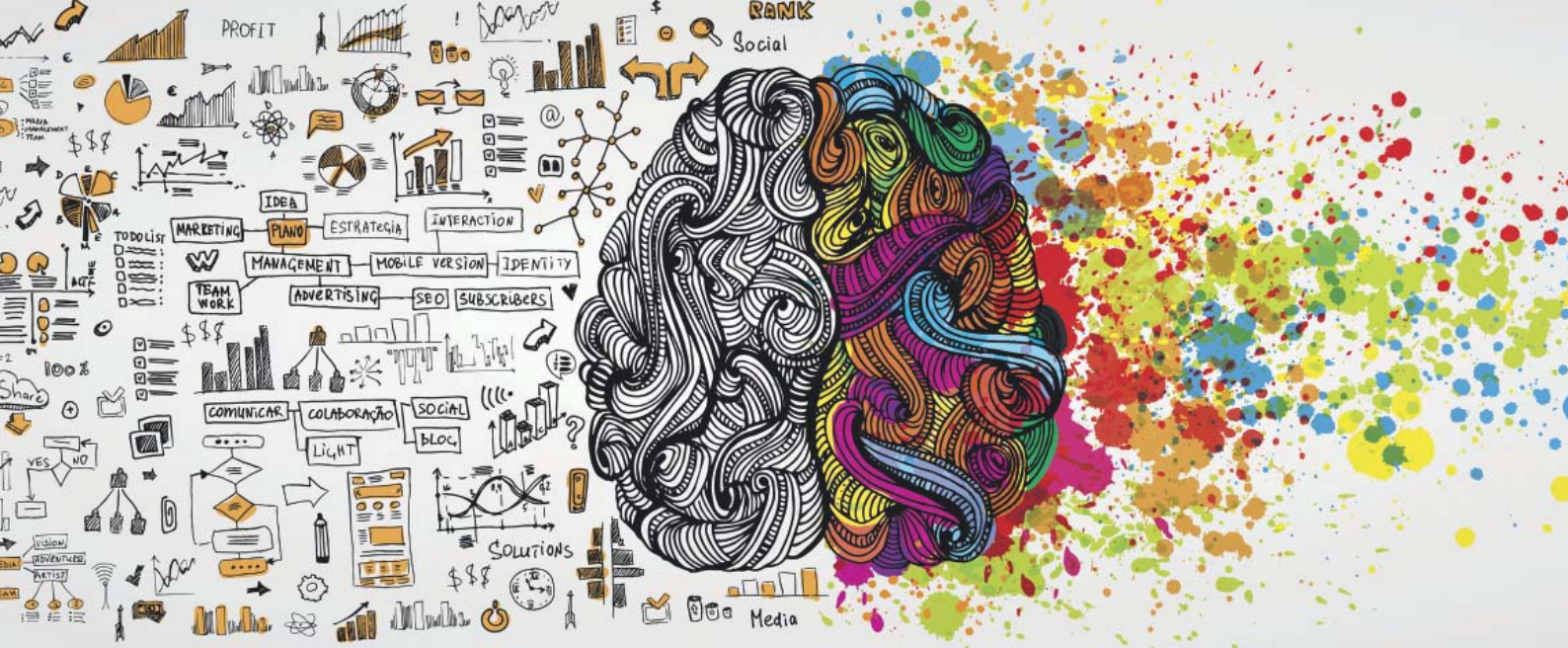
Für europäische Standorte der chemisch-pharmazeutischen Industrie verschärfen die steigenden Ölpreise strukturelle Wettbewerbsnachteile, die sie gegenüber US-amerikanischen Produzenten oder den Betrieben »am Bohrloch« im Nahen und Mittleren Osten ohnehin haben. Diese haben – durch die bei steigenden Preisen wieder attraktiver werdende Förderung von Schiefergas oder den direkten Zugang zum Rohöl im eigenen Land – wachsende Kostenvorteile bei den wichtigsten Rohstoffen.

Gesamtwirtschaftlich gesehen entziehen die steigenden Rohölpreise, die sich für die Verbraucher auch an der Zapfsäule zeigen, Deutschland zudem Kaufkraft und wirken so bremsend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Gute Stimmung schwindet

Die Effekte aus Wechselkursen und Ölpreisen, aber wohl auch grundsätzlich die Rückkehr der Branche aus der Sonderkonjunktur des letzten Jahres auf einen moderateren Wachstumskurs, haben wichtige Stimmungsindikatoren weiter auf Talfahrt geschickt. Der ifo-Geschäftsklimaindex befindet sich seit Jahresbeginn im Sinkflug. In der chemisch-pharmazeutischen Industrie werden die Geschäftsaussichten schwächer eingeschätzt als im verarbeitenden Gewerbe insgesamt.

AUTOR: LUTZ MÜHL



DIGITALISIERUNG UND DIE ZUKUNFT DER ARBEIT

Wandlungskünstler Mensch

Es ist gar nicht lange her, da erregte der Branchenverband Bitkom mit seiner Prognose Aufsehen, dass die Digitalisierung in Deutschland bis 2022 etwa 3,4 Millionen Arbeitsplätze kosten könnte. Schon 2013 warnten Forscher der Universität Oxford, in den USA sei in den nächsten zehn bis 20 Jahren fast jeder zweite Beruf leicht durch lernende Maschinen zu ersetzen. Doch stimmt das? Aktuelle Studien zeichnen inzwischen ein anderes Bild.

Ökonomen der OECD, das Mannheimer Forschungsinstitut ZEW oder die Arbeitsmarktforscher des IAB zeigen optimistischere Zukunftsszenarien auf. Demnach wird die Digitalisierung nicht nur Tätigkeiten ersetzen, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen – vielleicht sogar mehr als wegfallen.

Studien liefern unterschiedliche Prognosen

Die Untersuchungen schätzen das Risiko des Beschäftigungsrückgangs sehr unterschiedlich ein. Die Methoden und Prognosezeiträume sind häufig nur begrenzt vergleichbar. Die Studienergebnisse erfordern daher eine vorsichtige Interpretation. Eine Erkenntnis verbindet alle genannten Studien: Die Prognosen zeigen deutliche Unterschiede hinsichtlich der Tätigkeitsprofile und Branchen auf.

Für den deutschen Chemie-Standort sind die Aussichten zunehmend positiv. Obwohl die Chemie als eine Branche mit einem relativ hohen Digitalisierungs- und Automatisierungsgrad gilt, sehen einige Institute durchaus Chancen für einen weiteren Beschäftigungsaufbau in Deutschlands drittgrößter Branche.

Faktor »Standort«

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) prognostizierte unlängst, dass der Einsatz neuer Technologien etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze in ihren Mitgliedstaaten ganz oder teilweise verändern wird. Anders als in der Oxford-Studie werden aber nur etwa 14 Prozent der untersuchten Jobs als »hoch automatisierbar« eingestuft. Die Wahrscheinlichkeit, dass die Arbeit in Zukunft von Robotern oder Algorithmen übernommen wird, liegt in



HINTERGRUND

Die Zukunftsprognosen verbindet der Ansatz, die Zukunft der Arbeit daraus abzuleiten, was Computer leisten und wo sie bis dato an ihre Grenzen stoßen.

(Frey und Osborne, April 2018)

diesen Fällen bei über 70 Prozent. Diese Entwicklung werde nicht alle Länder gleichermaßen treffen: Nördliche OECD-Länder seien im Allgemeinen besser für den digitalen Wandel der Arbeitswelt gewappnet als südliche; Wohlstandsunterschiede seien dabei nicht immer ausschlaggebend. Bezogen auf alle untersuchten Mitgliedstaaten weist die OECD zudem darauf hin, dass die Automatisierung von Jobs nicht zwangsläufig höhere Arbeitslosigkeit bedeuten muss. Durch den verstärkten Einsatz neuer Technologien entstünden neue Arbeiten und Prozesse, Menschen fänden Anstellung in anderen Bereichen, die zunehmend nachgefragt sind.

Faktor »Branche«

Auch aktuelle Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) belegen das: In einer bis 2035 voll digitalisierten Arbeitswelt könnten in Deutschland zwar fast 1,5 Millionen Jobs wegfallen. Gleichzeitig würden aber ähnlich viele Arbeitsplätze neu entstehen. Diese neue Arbeitswelt würde sich allerdings hinsichtlich ihrer Branchen-, Berufs- und Anforderungsstruktur deutlich von der heutigen unterscheiden. Bezogen auf die Zahl der Erwerbstätigen sei mittel- bis langfristig vor allem das produzierende Gewerbe von einem Beschäftigungsabbau infolge der Digitalisierung betroffen. Bis 2035 prognostizieren die Institute im »sonstigen verarbeitenden Gewerbe« (darunter die Chemie-Branche) ein Minus von 2,4 Prozent.

Leicht positive Beschäftigungseffekte in der Chemie erwartet dagegen das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Im Auftrag der Bundesregierung hat das ZEW erforscht, wie sich Investitionen in intelligente vernetzte Maschinen auf die Zahl der Arbeitsplätze in Deutschland auswirken. Ergebnis der Studie: Computer schaffen mehr Jobs, als sie vernichten. Für die Gesamtbeschäftigung rechnen die Forscher im Zeitraum von 2016 bis 2021 mit einem Zuwachs von etwa 1,8 Prozent. Der Beschäftigungszuwachs in der Elektronikbranche, dem Fahrzeugbau und dem sonstigen verarbeitenden Gewerbe, dem auch die Chemie zuzuordnen ist, sei damit zu erklären, dass diese Sektoren selbst computergestützte Technologien herstellen, die immer größere Verbreitung finden.

Mit anderen Worten: Computer haben schon in der Vergangenheit und werden auch in Zukunft viele Tätigkeiten übernehmen, weil sie bestimmte Aufgaben besser und günstiger ausführen können als Menschen. Die Jobbilanz der Digitalisierung kann aber trotzdem positiv sein. Denn: Die durch den Einsatz neuer Technologien erzielten Produktivitätsgewinne können neue Investitionen ermöglichen und zugleich weitere Prozesse in Gang setzen, die sich positiv auf die Zahl der Beschäftigten auswirken.

Gefragte Kompetenzen

Alle zitierten Studien verbindet die Annahme, dass die Digitalisierung die Arbeitswelt grundlegend verändern wird. Branchen und Standorte sehen sich dabei mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Die Digitalisierung wird die Arbeitsgesellschaft nicht abschaffen, nicht einmal den Bedarf an Erwerbsarbeit mindern. Aber sie wird viele heutige Beschäftigte herausfordern, sich neue Kenntnisse und Fähigkeiten anzueignen. Durch Automation und Digitalisierung werden vor allem manuelle und kognitive Routinetätigkeiten ersetzt. Berufe hingegen, die eine hohe soziale Intelligenz erfordern, in einem komplexen Umfeld ausgeführt werden und besondere analytische und interaktive Fähigkeiten voraussetzen, werden an Bedeutung gewinnen.

AUTORIN: REBECCA WILHELM | **GRAFIK:** ISTOCK

STANDPUNKT

BAVC-Präsident Kai Beckmann



» Die Studien zu den Arbeitsmarktperspektiven in Zeiten der Digitalisierung zeigen uns, auf welche Kompetenzen und Fähigkeiten es in Zukunft ankommt: Intuition, Kreativität, analytisches und strategisches Denken. Sie machen den Menschen einzigartig. Maschinen sind noch weit davon entfernt, diese Fähigkeiten zu adaptieren. Sie können uns aber unterstützen, bei Routineaufgaben entlasten und so Freiraum schaffen für Innovation. «

DIE STUDIEN

- ▶ IAB-Kurzbericht, April 2018
bit.ly/2luplvu
- ▶ ZEW-Studie, April 2018
bit.ly/2GZub4w
- ▶ OECD-Studie, März 2018
bit.ly/2lxe4fz
- ▶ Bitkom-Umfrage, November 2017
bit.ly/2kdyCIN
- ▶ Oxford-Studie, September 2013
bit.ly/2FaYU1R



CHEMIE³-LEITFADEN

Nachhaltigkeit in der Lieferkette

Die exportorientierte Chemie- und Pharmaindustrie profitiert von der Globalisierung. Damit einhergehend steigt die Verantwortung von Unternehmen, die Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards nicht nur an eigenen Produktionsstandorten, sondern auch in den globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten sicherzustellen. Darüber hinaus fordern Kunden, Konsumenten, Nichtregierungsorganisationen und verstärkt auch der Gesetzgeber zunehmend Informationen ein, wie Nachhaltigkeitsstandards in der Lieferkette eingehalten werden.

Vor diesem Hintergrund hat Chemie³ – die Nachhaltigkeitsinitiative von BAVC, IG BCE und VCI – mit vorwiegend mittelständischen Unternehmen das Pilotprojekt »Nachhaltigkeit in der Lieferkette« durchgeführt. Dabei wurde für die Chemieindustrie zum ersten Mal ein Leitfaden zu diesem Thema entwickelt.

Fachveranstaltung stößt auf großes Interesse

Zur Präsentation des Leitfadens konnten die Allianzpartner fast 100 Gäste begrüßen. Zunächst stellte das Beratungsunternehmen Schlange & Co. das Pilotprojekt sowie den zusammen mit den Pilotunternehmen erarbeiteten Leitfaden vor. Die wichtigste Botschaft: Die Beschäftigung mit dem Thema beginnt sinnvollerweise immer mit einer Priorisierung und der Planung machbarer Schritte. Die Geschäftsführung zu sensibilisieren, ist bei diesem Prozess entscheidend.

Angebot für den Mittelstand

Auch die Initiative »Together for Sustainability« (TfS) hat im Pilotprojekt mitgewirkt. Sie setzt sich bereits seit 2011 für die Einhaltung und Vereinheitlichung von Nachhaltigkeitsstandards in der Lieferkette der chemischen Industrie ein. Der Fokus lag bisher allerdings vor allem auf Großunternehmen. Im Pilotprojekt von Chemie³ wurden die TfS-Methoden zum ersten Mal an die Anforderungen von mittelständischen Unternehmen angepasst und erprobt.

AUTOR: KARIM ABDALLA | FOTO: VCI

CHEMIE³
DIE NACHHALTIGKEITSINITIATIVE
DER DEUTSCHEN CHEMIE

Mehr Infos zu den Inhalten des Leitfadens finden Sie unter

www.chemiehoch3.de

INITIATIVE DES ARBEITSMINISTERIUMS

Neue Qualität der Arbeit

Um im Wettbewerb zu bestehen und den demografischen Wandel in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt erfolgreich zu gestalten, brauchen Unternehmen engagierte und gesunde Mitarbeiter. Arbeitsfähigkeit nachhaltig zu erhalten und eine gesundheitsförderliche Arbeitsgestaltung weiter zu entwickeln, ist eine Aufgabe von großer Bedeutung für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

»Zukunft sichern, Arbeit gestalten«

Unter diesem Motto unterstützt das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) mit der Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) eine Plattform, auf der sich Verbände und Institutionen der Wirtschaft, Unternehmen, Gewerkschaften, die Bundesagentur für Arbeit, Sozialversicherungsträger, Kammern und Stiftungen gemeinsam mit der Politik einbringen. Ziel ist es, die Arbeitswelt sowohl für Unternehmen als auch Beschäftigte nachhaltig zu verbessern und eine moderne Unternehmenskultur zu fördern. Der Bundesarbeitgeberverband Chemie ist Mitglied dieser Initiative und im Steuerkreis von INQA aktiv.

Als unabhängiges Netzwerk bietet INQA Expertise und praxisnahe Unterstützung in vier personalpolitischen Handlungsfeldern: Personalführung, Chancengleichheit und Diversity, Gesundheit sowie Wissen und Kompetenz. Die partnerschaftlich in Projekten entwickelten Angebote reichen von Tools zur Bestandsaufnahme und Handlungshilfen bis hin zu Beratungs- und Auditierungsprogrammen. Unternehmen können sich außerdem von guten Praxisbeispielen inspirieren lassen und finden Möglichkeiten zum Austausch in zahlreichen Unternehmens- und Branchennetzwerken.

Das Projekt »Transfer+«

Das vom BMAS geförderte Projekt »Transfer+« (Laufzeit bis 2020) bietet Unternehmen der chemischen Industrie, der Glas- und Solarindustrie und der Kautschukindustrie jetzt Unterstützung und kostenlose Workshops für die Nutzung der vielfältigen Angebote sowie des Netzwerks von INQA. Projektträger ist die QFC GmbH.

Orientiert an den konkreten Bedarfen in den Unternehmen werden zunächst mithilfe von INQA-Produkten Herausforderungen in einem oder mehreren der folgenden fünf Handlungsfelder erfasst und analysiert: Betriebliches Gesundheitsmanagement, Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Balance Arbeit und Leben sowie Führung.

Bei der Erarbeitung und Umsetzung von Lösungsansätzen werden die betrieblichen Akteure durch qualifizierte Referenten begleitet. Durch den praxisnahen Einsatz, einer branchenspezifischen Weiterentwicklung der INQA-Produkte sowie der Veröffentlichung der Ergebnisse wird der Bekanntheitsgrad der Initiative gesteigert und damit einhergehend auch die Verwendungsquote ihrer Produkte in den Betrieben erhöht. Daraus entsteht ein verbesserter Transfer – wie auch der Titel des Projektes »Transfer+« zeigt.

Die Umsetzung des Projektes erfolgt in sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit und stellt damit einen weiteren Baustein in der Sozialpartner-Initiative »Gutes und gesundes Arbeiten in der Chemie-Branche« von IG BCE und BAVC dar.

AUTORIN: JOHANNA SCHÖNRÖK-KUCZYNSKI



Unternehmen, die an dem Projekt teilnehmen wollen, finden nähere Infos unter

www.transferplus.info

ANSPRECHPARTNERIN



Johanna Schönrok-Kuczynski

Demografie- und Gesundheitsmanagement,
Arbeits- und Gesundheitsschutz

johanna.schoenrok-kuczynski@bavc.de

BERUFSORIENTIERUNG AN SCHULEN

Weichenstellung für die Zukunft

Trotz großer Anstrengungen vieler Unternehmen und Verbände, Jugendliche über Ausbildungsmöglichkeiten und Karriereperspektiven zu informieren, wissen viele Schüler nicht genug über ihre beruflichen Optionen. Schlimmer noch: Hohe Abbrecherquoten im Studium deuten darauf hin, dass sie bei der Wahl ihres Berufes zunächst häufig die falsche Entscheidung treffen. Aus diesem Grund fordern nicht nur die Arbeitgeber eine fest im Lehrplan verankerte und praxisnahe Berufsorientierung. Auch die Schüler wünschen sich eigenständige Unterrichtseinheiten, die sie besser auf das Berufsleben vorbereiten.



ELEMENTARE VIELFALT

Unsere Ausbildungskampagne »Elementare Vielfalt« (EVi) stellt Material zur Berufsorientierung für Schulen bereit:

www.elementare-vielfalt.de/lehrer

Pflichtfach »Berufsorientierung«

In Zeiten des demografischen Wandels ist die Wirtschaft mehr denn je auf motivierte und qualifizierte Nachwuchskräfte angewiesen. Aus diesem Grund setzen die Ausbildungsbetriebe der chemischen Industrie verstärkt auf Schulkooperationen, um frühzeitig mit den Fachkräften von morgen in Kontakt zu kommen. Und auch Lehrkräfte müssen ihren Beitrag leisten: Eine klischeefreie Berufs- und Studienorientierung, die mehr Frauen den Weg in technische (»MINT«-)Berufe und mehr Männern den Weg in soziale Berufe aufzeigt, sollte nicht nur aus Sicht der Arbeitgeber fester Bestandteil im Curricular der Sekundarstufen I und II werden.

Wie die neueste SINUS-Studie im Auftrag des Netzwerks Berufswahl-SIEGEL zeigt, fordern auch Jugendliche ein Pflichtfach »Berufsorientierung«. Sie wünschen sich mehr Zeit, um die große Bandbreite an beruflichen Möglichkeiten erfassen und ihre eigenen Stärken und Interessen herausarbeiten zu können. Wichtig ist ihnen dabei, dass die Berufs- und Studienorientierung seitens der Lehrer ehrlich und neutral durchgeführt wird. So wird beispielsweise kritisiert, dass am Gymnasium davon ausgegangen wird, dem Abitur müsse selbstverständlich ein Studium folgen. Über duale Ausbildungsmöglichkeiten werde nur unzulänglich informiert.

Praktische Erfahrungen sammeln

Die Schüler haben erkannt, dass vor allem praktische Erfahrungen die Berufswahl positiv beeinflussen können. Daher fordern sie nicht nur gut strukturierte Unterrichtseinheiten zum Thema Berufs- und Studienorientierung, sondern mindestens zwei berufsorientierte Praktika. Viele der Unternehmen kommen diesem Wunsch bereits entgegen und bieten verstärkt Praktika zum Beispiel in den Ferien an. Nun ist die Politik gefordert, die Schüler auch im Rahmen des Lehrplans auf die berufliche Zukunft vorzubereiten.

AUTORIN: LISA BARTON

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesarbeitgeberverband Chemie e.V. (BAVC) | Abraham-Lincoln-Straße 24 | 65189 Wiesbaden
 Internet: www.bavc.de | Kontakt: info@bavc.de | www.twitter.com/BAVChemie. Verantwortlich: Klaus-Peter Stiller.
 Redaktion: Sebastian Kautzky, Markus Hesse, Christopher Knieling, Rebecca Wilhelm. Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen. Piktogramme in dieser Ausgabe: sdecoret / Stock.Adobe.com, phillipes / Stock.Adobe.com